

Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel



Europabericht 04/2004  
vom 20.02.2004

**EUROPABERICHT Nr.: 04/2004**Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Geschäftsbereich      Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**EP; PRODI STELLT FINANZIELLE VORAUSSCHAU 2007 BIS 2013 VOR**

Bei der Vorstellung der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 nannte Kommissionspräsident Prodi folgende drei Prioritäten für die neue Finanzplanung: Förderung der nachhaltigen Entwicklung; Umsetzung des Konzepts der Unionsbürgerschaft; internationale Rolle der EU in der Welt. Zur Umsetzung der Ziele brauche man – so Prodi - deutlich mehr Haushaltsmittel als bisher. Die Kommission schlage eine Eigenmittelobergrenze von 1,24 % des EU-BIP vor sowie bei der Ausgabenplanung eine Begrenzung der Zahlungsermächtigungen auf 1,15 % des EU-BIP. Die Forderung der sechs Nettozahler hinsichtlich einer Ausgabenbegrenzung auf 1 % des EU-BIP halte – so Kommissarin Schreyer – „schlichtweg einem Realitätscheck nicht stand“. Seitens der Abgeordneten wurde in der Aussprache mehrmals an den Rat gerichtet darauf hingewiesen, dass die notwendige interinstitutionelle Vereinbarung zur Umsetzung der finanziellen Vorausschau der Zustimmung des EP bedürfe, andernfalls gelte das im Vertrag vorgesehene Haushaltsverfahren, wonach der EU-Haushalt jährlich im Mittel der Inflation der Mitgliedstaaten und der Steigerung der nationalen Haushalte erhöht wird, was zu höheren Steigerungen als von der Kommission vorgeschlagen führen würde. (vgl. Beitrag in Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen)

**EP; BARNIER STELLT DRITTEN KOHÄSIONSBERICHT VOR**

Vor dem EP erläuterte Regionalkommissar Barnier die drei Prioritäten des dritten Kohäsionsberichts zur Strukturpolitik 2007 bis 2013: Förderung der besonders benachteiligten Gebiete (Ziel-1); Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit/Beschäftigung (neues Ziel-2); erweiterte Gemeinschaftsinitiative INTERREG (territoriale Kooperation) und kündigte die Vorlage der notwendigen Verordnungsvorschläge bis Juni 2004 an. In der Aussprache wiesen Vertreter aller Fraktionen darauf hin, dass der von Barnier vorgesehene Mittelrahmen (0,43 % des EU-BIP) das Minimum sei und nicht unterschritten werden dürfte. (vgl. Beitrag in Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie)

## **ERNENNUNG DER ZEHN NEUEN KOMMISSARE**

Nach Anhörung und Zustimmung durch das EP werden die Kommissare aus den zehn neuen Mitgliedstaaten zum 01.05.2004 vom Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt. Die Amtszeit der neuen voll stimmberechtigten Mitglieder des Kommissionskollegiums endet wie das der Kommission insgesamt am 31.10.2004. Während dieser Zeit erhalten sie kein eigenes Ressort innerhalb der Kommission, werden jedoch zur Einarbeitung an der Arbeit eines Mitglieds der bestehenden Kommission beteiligt, wobei folgende Zuordnung festgelegt wurde: **Péter Balázs** (Ungarn) – Michel Barnier (Regionalpolitik und Reform der Institutionen), **Joe Borg** (Malta) – Poul Nielson (Entwicklung und humanitäre Hilfe), **Ján Figel** (Slowakei) – Erkki Liikanen (Unternehmen und Informationsgesellschaft), **Dalia Grybauskaite** (Litauen) – Viviane Reding (Bildung und Kultur), **Danuta Hübner** (Polen) – Pascal Lamy (Handel), **Siim Kallas** (Estland) – Pedro Solbes (Wirtschaft und Finanzen), **Sandra Kalniete** (Lettland) – Franz Fischler (Landwirtschaft, Fischerei und Entwicklung des ländlichen Raums), **Milos Kuzvart** (Tschechische Republik) – David Byrne (Gesundheit und Verbraucherschutz), **Markos Kyprianou** (Zypern) – Michaele Schreyer (Haushalt), **Janez Potocnik** (Slowenien) – Günter Verheugen (Erweiterung).

## **STRAUB NEUER ADR-PRÄSIDENT**

Der Präsident des Landtages von Baden-Württemberg Peter Straub wurde zum neuen Präsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt und tritt damit die Nachfolge von Albert Bore an, der dieses Amt seit Februar 2002 innehatte. Die Amtszeit des neuen Präsidenten beträgt zwei Jahre.

Geschäftsbereich      Staatsministerium des Inneren

## **KOMMISSION SCHLÄGT ERHEBLICH ERWEITERTEN EUROPÄISCHEN FLÜCHTLINGSFONDS VOR**

Die Europäische Kommission hat am 12.02.2004 eine Ratsentscheidung über die Errichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für 2005-2010 vorgeschlagen. Er soll den ersten Flüchtlingsfonds ablösen, der von 2000 bis 2004 läuft. Die Kommission will die Mittel erheblich erhöhen. Bisher standen ca. 40 Mio. € jährlich zur Verfügung. Ab 2005 soll diese Summe ansteigen und von 2008 bis 2010 je 150 Mio. € erreichen. Zur Begründung betont die Kommission, dass in Kürze ein europäischer Rechtsrahmen im Asylbereich bestehen dürfte. Deshalb solle die finanzielle Solidarität der Gemeinschaft verstärkt zum Ausdruck gebracht werden; der Lastenausgleich habe bisher „nur symbolische Bedeutung“ gehabt. Zudem solle Mitgliedstaaten und Beitrittsländern bei der Anwendung der neuen Normen geholfen werden. Die Mittelverteilung soll sich neben einem Pauschalbetrag auch an der Zahl der in den Mitgliedstaaten aufgenommenen Personen orientieren.

## **RAT PLANT ZUSAMMENARBEIT ZUR VERMEIDUNG VON TERRORANSCHLÄGEN BEI GROSSEN SPORTVERANSTALTUNGEN**

In der EU finden die Olympischen Spiele 2004 in Athen und 2006 in Turin sowie die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland statt. Dazu soll ein „Leitfaden für die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten zur Vermeidung von Terroranschlägen bei sportlichen Großveranstaltungen“ vom Rat als unverbindliche Empfehlung angenommen werden. Ziel ist eine verstärkte praktische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Die Gastgeberländer tragen zwar die primäre Verantwortung für die sichere Durchführung der Veranstaltungen; der internationale Charakter erfordert aber die Unterstützung durch alle Mitgliedstaaten und die zuständigen EU-Stellen.

Geschäftsbereich      Staatsministerium der Justiz

## **ENTSCHLIEßUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR ANGLEICHUNG DES ZIVILPROZESSRECHTS IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Das Europäische Parlament hat am 12.02.2004 eine Entschließung über die Aussichten auf eine Angleichung des Zivilprozessrechts in der Europäischen Union angenommen. Es fordert die Zusammenfassung der Brüssel I-Verordnung und der Übereinkommen von Rom über vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse (Rom I und II) in einer Gemeinschaftsverordnung. Enthalten soll diese Verordnung neben den bereits bestehenden Normen zur Regelung mehrere mitgliedstaatliche Rechtssysteme betreffende Streitigkeiten insbesondere Bestimmungen zum elektronischen Geschäftsverkehr und zu Verbraucherverträgen sowie ein einheitliches europäisches Mahnverfahren.

<http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/calendar?APP=PDF&TYPE=PV2&FILE=p0040212DE.pdf&LANGUE=DE>

Geschäftsbereich      Staatsministerium der Finanzen

## **KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR FINANZIELLEN VORAUSSCHAU 2007– 2013**

In ihrer am 10. Februar 2004 angenommenen Mitteilung mit dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen – Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union – 2007 bis 2013“ legt die Kommission ihre Vorstellungen zur finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 dar. Hierfür sollen sich die EU-Ausgaben von rund 100 Mrd. € 2004 auf ca. 125 Mrd. € 2007 und 143 Mrd. € 2013 (jeweils in Zahlungsermächtigungen zu Preisen von 2004) erhöhen. 2013 entspricht dies 1,15 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der erweiterten EU. Über den

Zeitraum der Finanziellen Vorausschau entspricht dies 1,14 % des BNE. Die Eigenmittelobergrenze für die Ausgaben soll bei 1,24 % des BNE liegen.

Die Mitteilung kann abgerufen werden unter:

[http://europa.eu.int/comm/budget/news/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/budget/news/index_de.htm)

#### **KOMMISSION SCHLÄGT FINANZPAKET FÜR BULGARIEN UND RUMÄNIEN AB 2007 VOR**

Die Kommission hat am 10. Februar 2004 die Höhe des Haushaltsanteils vorgeschlagen, der auf Bulgarien und Rumänien entfallen soll, wenn sie wie vorgesehen ab 2007 der EU beitreten.

#### **KOMMISSION BEWERTET AKTUALISIERTES DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM**

Die Kommission hat am 18. Februar 2004 das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm 2003-2007 bewertet. Die Kommission sieht anders als die Bundesregierung auch für 2005 das Risiko, dass Deutschland die 3%-Hürde erneut überschreitet. Sie fordert eine stärkere Haushaltskonsolidierung, gibt aber keine weiteren Vorgaben für die Haushaltskonsolidierung. Die Bewertung kann abgerufen werden unter:

[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/country/commass/de/ass\\_de20032004.pdf](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/country/commass/de/ass_de20032004.pdf)

#### **ORIENTIERUNGSDEBATTE DER KOMMISSION ZUM STABILITÄTSPAKT**

Bei einer Orientierungsdebatte zum Stabilitätspakt ist die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Änderung des Vertrages nicht erforderlich ist. Die Kommission überlegt aber, wie der Konjunkturverlauf besser bei der Beurteilung der Defizite berücksichtigt werden könne. Im April wird sie dazu eine Mitteilung vorlegen.

#### **ECOFIN-RAT MACHT DRUCK WEGEN ZINSBESTEUERUNG**

Die Verhandlungen mit den Drittstaaten über die Einführung gleichwertiger Maßnahmen im Rahmen der Zinsbesteuerungsrichtlinie ist ins Stocken geraten. Der ECOFIN-Rat macht insbesondere gegen die Schweiz, die ein Junktim mit den Abkommen von Schengen und Dublin hergestellt hat, Druck.

#### **KOMMISSION GENEHMIGT MINERALÖLSTEUERBEFREIUNG FÜR BOKRAFTSTOFFE IN DEUTSCHLAND**

### **Regionalpolitik: Dritter KohäsionsBERicht mit Vorschlägen zur Zukunft nach 2006**

Die Europäische Kommission hat am 18.02.2004 im Rahmen des dritten Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ihre Vorstellungen zur Kohäsionspolitik in einer erweiterten EU im Zeitraum 2007 - 2013 vorgelegt. Dafür ist ein Finanzrahmen von 0,41 % des BNE, etwa 336 Mrd. €, vorgesehen. Dies stellt eine Erhöhung um 32 % dar. Aus **deutscher** Sicht ist festzuhalten, dass bis auf Leipzig, Dresden und Brandenburg Südwest alle anderen Ziel-1-Regionen in den Neuen Bundesländer in der Höchsthilfsstufe bleiben. Für die **Grenzregionen** zu den beitretenden Staaten wird kein eigener Fördertatbestand vorgeschlagen. Die Förderung soll hier im Rahmen der neuen Prioritäten Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie der territorialen Zusammenarbeit erfolgen.

[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/cohesion3\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/cohesion3_de.htm)

### **DASEINSVORSORGE/STAATLICHE BEIHILFEN: KONSULTATION DURCH KOMMISSION**

Zur Verbesserung der Rechtssicherheit nach dem grundlegenden „Altmark“ Urteils des EUGH vom Juli 2003 zur Zulässigkeit von Kompensationszahlungen für Dienste der Daseinsvorsorge hat die Kommission am 18.02.2004 den Entwurf einer **Entscheidung zur Freistellung von Kompensationszahlungen** von der Notifizierungspflicht zur Konsultation mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedsstaaten, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen vorgelegt. Gleichzeitig wurde ein **Gemeinschaftsrahmen** für die Zulässigkeit von Kompensationszahlungen, die nicht unter diese Entscheidung fallen werden, zur Beratung an die Mitgliedsstaaten übermittelt.

[http://europa.eu.int/comm/competition/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/competition/index_en.html)

### **DIENSTLEISTUNGSBINNENMARKT: BERICHT ÜBER DIE ABSCHAFFUNG VON WETTBEWERBSBEHINDERUNGEN BEI DEN FREIEN BERUFEN**

Die Europäische Kommission hat am 09.01.2004 einen Bericht vorgelegt, in dem die **Mitgliedstaaten, die nationale Kartellbehörden** und die **Standesorganisationen** der freien Berufe aufgefordert werden, **nationale** Beschränkungen bei der Gebührenfestsetzung, den Werbeverboten und anderen Beschränkungen zu reformieren oder aufzuheben.

<http://europa.eu.int/comm/competition/liberalization/conference/libprofconference.htm>

### **DIENSTLEISTUNGSBINNENMARKT: ERSTE LESUNG ZUR NOVELLIERUNG DER GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN**

Das Europäische Parlament hat am 11.02.2004 unter maßgeblicher Mitarbeit von MdEP *Wuermeling* die erste Lesung zum Richtlinienvorschlag über die gegenseitige Anerkennung von

Berufsqualifikationen vom 25. März 2002 (s. EB 06/02) mit 218 zum Teil wesentlichen Änderungen des Kommissionsvorschlags abgeschlossen.

#### **GALILEO: KONZESSIONSNEHMER/VERHANDLUNGEN MIT USA**

3 Bewerber, das "**Eutelsat consortium**" mit den Firmen Eutelsat, Hispasat, LogicaCMG und AENA, das "**Inavsat consortium**" mit den Firmen Inmarsat Ventures, **EADS Space** und Thales, und ein Konsortium aus den Firmen Vinci Concessions, Alcatel Participations und Finmeccanica, sind für die zweite Phase des Verfahrens zur Auswahl des künftigen Konzessionsnehmers für den Betrieb des europäischen Satellitennavigationssystems akzeptiert wurden. Weiter haben die USA und die EU Fortschritte bei den Verhandlungen zum Abschluss eines **Kooperationsabkommens** Ende Januar erzielt.

[http://europa.eu.int/comm/dgs/energy\\_transport/galileo/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/galileo/index_de.htm)

<http://www.esa.int/export/esaSA/navigation.html>

<http://www.galileoju.com>

[http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/de/qualifications/index.htm](http://europa.eu.int/comm/internal_market/de/qualifications/index.htm)

#### **EU/CHINA: TOURISMUSABKOMMEN UNTERZEICHNET**

Am 12. Februar 2004 haben die Europäische Union und die Staatliche Tourismusverwaltung der Volksrepublik China in Peking ein Abkommen unterzeichnet, das Reisen chinesischer Touristengruppen nach Europa erleichtert.

[http://www.delchn.cec.eu.int/en/whatsnew/mou\\_291003\\_en.pdf](http://www.delchn.cec.eu.int/en/whatsnew/mou_291003_en.pdf)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

#### **ZUCKERWIRTSCHAFT IM DIALOG: PARLAMENTARISCHER ABEND MIT DER WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG ZUCKER IN DER VERTRETUNG DES FREISTAATES BAYERN BEI DER EU**

Der Bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, *Eberhard Sinner*, hat gemeinsam mit der wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) zu einem parlamentarischen Abend in die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU eingeladen. Als Thema wurde gewählt: „Zuckerwirtschaft im Dialog – unsere Verantwortung für ländlichen Raum, Verbraucher- und Entwicklungspolitik“. Über 100 Teilnehmer verschiedenster Institutionen – vertreten waren auch Gäste aus den Beitrittsländern - konnten begrüßt werden. Nach den Kurzvorträgen von StME *Sinner*, Vorstandsvorsitzenden *Dr. Gebhard* (WVZ) und stellv. Generaldirektor *Tilgenkamp* (GD AGRI) wurde eine intensive und kontroverse Diskussion geführt.

Der Dialog fand vor dem Hintergrund statt, dass möglicherweise im Sommer 2004 von der EU-Kommission Vorschläge für die Reform des Zuckersektors zu erwarten sind.

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

#### **KOMMISSARIN *DIAMANTOPOULOU* LEGT IHR AMT VORLÄUFIG NIEDER**

Die für die Sozialpolitik und Beschäftigung zuständige EU-Kommissarin *Anna Diamantopoulou* hat am 12. Februar 2004 ihr Amt vorläufig niedergelegt. Die griechische Sozialpolitikerin wird die Wahlliste der regierenden griechischen Sozialisten (PASOK) im Zuge der Parlamentswahlen in Griechenland am 7. März 2004 anführen.

#### **AKTIONSPLAN „QUALIFIKATION UND MOBILITÄT“: HALBZEIT-BEWERTUNG DER KOM**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 16. Februar 2004 eine Mitteilung zur Arbeitskräftemobilität in Europa, d.h. eine „Halbzeit-Bewertung“ ihres „Aktionsplans für Qualifikation und Mobilität“ aus dem Jahr 2000 (KOM 2004, 66), angenommen. In der Halbzeit-Bewertung zum Aktionsplan, der darauf abzielt, mehr berufliche Mobilität zu erreichen, wird der Stand der Umsetzung des Aktionsplans vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie geprüft.

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/skills\\_mobility/doc/com\\_04\\_66\\_fin\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/employment_social/skills_mobility/doc/com_04_66_fin_de.pdf)

#### **EP-SOZIALAUSSCHUSS VERABSCHIEDET *JÖNS-BERICHT* ZUR GESUNDHEIT UND ALTENPFLEGE**

Der Ausschuss für Beschäftigung und Sozialpolitik des Europäischen Parlaments hat am 17. Februar 2004 den *Jöns-Bericht* „Medizinische Versorgung und Altenpflege: Gewährleistung eines hohen Sozialschutzniveaus“ verabschiedet. Der Bericht begrüßt im Wesentlichen die verstärkte Zusammenarbeit und die Einführung der offenen Methode der Koordinierung auch im Gesundheits- und Pflegebereich. Er erhebt aber eine Reihe weiterer Forderungen an Kommission und Mitgliedstaaten.

<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/empl/20040216/480024de.pdf>

<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/empl/20040216/522511de.pdf>

#### **EP NIMMT INITIATIVBERICHT ZUR ARBEITSZEITGESTALTUNG AN**

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 11. Februar 2004 mit 370 zu 116 Stimmen bei 21 Enthaltungen einen Initiativbericht zur Arbeitszeitgestaltung (Revision der Arbeitszeitrichtlinie 93/104/EG) verabschiedet. Die Abgeordneten fordern in ihrem Initiativbericht u.a., dass die sog. individuelle Opt-Out-Klausel in der Arbeitszeitrichtlinie schrittweise abgeschafft wird. (Zu den



Einzelheiten vgl. den Beitrag für den Geschäftsbereich des *Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz* in diesem Europabericht.)

#### **ENTSANDTE ARBEITNEHMER: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DIE NIEDERLANDE**

Die Europäische Kommission hat am 9. Februar 2004 beschlossen, formell ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Niederlande einzuleiten, nachdem einem Urteil des Obersten Gerichtshofs der Niederlande zufolge ein nach Deutschland entsandter Arbeitnehmer, der im Besitz einer Entsendebescheinigung war, aus dem sozialen Sicherungssystem der Niederlande ausgeschlossen wurde.

[http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p\\_action=getfile=gf&doc=IP/04/178|0|RAPID&lg=DE&type=PDF](http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action=getfile=gf&doc=IP/04/178|0|RAPID&lg=DE&type=PDF)

#### **JAHR DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN 2003: EUROBAROMETER-UMFRAGE**

Eine *Eurobarometer*-Umfrage der Kommission hat ergeben, dass die im *Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003* durchgeführte Sensibilisierungskampagne vom Großteil der EU-Bürger verstanden und anerkannt worden ist. Im Vergleich zu einer Erhebung aus dem Jahr 2000 reagiert die Öffentlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen heute sensibler und mitfühlender.

[http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_198.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_198.pdf)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### **BILDUNG: KOMPROMISS ZUR GESTALTUNG DES ZWISCHENBERICHTS IM ARBEITSPROGRAMM 'ZIELE'**

Im Rahmen eines Kompromisses zur Gestaltung des Zwischenberichts im Arbeitsprogramm zu den künftigen Zielen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa hat sich Deutschland mit seiner Ablehnung einer jährlichen Berichtspflicht der Mitgliedstaaten über die Entwicklung ihrer Bildungssysteme durchgesetzt. Der ursprüngliche Kommissionstext konnte so relativiert werden, dass sich durch den Zwischenbericht kein Kompetenzgewinn für die europäische Ebene ergibt.

**FORSCHUNG: HOHE DEUTSCHE BETEILIGUNG AM SECHSTEN FORSCHUNGS-  
RAHMENPROGRAMM (2003 – 2006) – AUSWERTUNG DER 1. AUSSCHREIBUNGSRUNDE**

Deutschland übernimmt in der ersten Ausschreibungsrunde des 6. FRP erstmals eine führende Rolle sowohl hinsichtlich der Anzahl deutscher Teilnehmer in den ausgewählten Projekten (80 %) als auch hinsichtlich des deutschen Anteils an den im Jahr 2003 ausgeschriebenen Fördermitteln (1 Mrd. € von insgesamt 5 Mrd. €).

**FINANZIELLE VORAUSSCHAU 2007 – 2013: VERDOPPELUNG DES FORSCHUNGS-  
BUDGETS ANVISIERT**

Nach Willen der Kommission soll im Rahmen der nächsten finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007 – 2013 dem Forschungsbereich eine Schlüsselrolle zukommen, die sich in einer Verdoppelung des Forschungsbudgets widerspiegelt. In dem Kommissionsvorschlag sind erstmals Mittel für die Förderung einzelner Forscherteams auf europäischer Ebene vorgesehen.

**EUROPÄISCHE KONFERENZEN IM BEREICH WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Im April 2004 finden zwei wichtige Konferenzen in Belgien statt, am 02.04.2004 in Brüssel (Humanressourcen) und am 25./28.04.2004 in Lüttich (Rolle der Universitäten in der Wissensgesellschaft).

**BILDUNG: KOMPROMISS ZUR GESTALTUNG DES ZWISCHENBERICHTS IM  
ARBEITSPROGRAMM 'ZIELE'**

siehe Geschäftsbereich StMUK in diesem Europabericht

## **UMWELT**

### **BERÜCKSICHTIGUNG VON UMWELTSCHUTZMAßNAHMEN, INSBESONDERE KOFINANZIERUNG DER UMSETZUNG VON NATURA 2000, IN DER FINANZVORSCHAU 2007 BIS 2013**

Am 10.02.2004 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Finanzvorschau 2007 bis 2009 (KOM(2004) 101 endg). Die geplanten Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen befinden sich in der Rubrik „Schutz der natürlichen Ressourcen“. Zieht man von den von 57,1 Mrd. (2007) auf 57,8 Mrd. (2013) ansteigenden Einplanungen die bereits festgeschriebenen fallenden Beträge der landwirtschaftlichen marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen ab, so verbleibt ein kontinuierlich von 13,6 Mrd. (2007) auf 15,5 Mrd. (2013) wachender Saldo für Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raums und für Umweltschutzmaßnahmen. Diese Mittel sind u. a. zur Kofinanzierung der Umsetzung von Natura 2000-Maßnahmen eingeplant.

### **EU-KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ÜBER DIE ENTWICKLUNG EINER STRATEGIE FÜR STÄDTISCHE UMWELT VOR**

Die EU-Kommission verabschiedete am 11. Februar 2004 eine Mitteilung über die „Entwicklung einer thematischen Strategie für städtische Umwelt“ – KOM(2004) 60. In vielen Städten habe u. a. schlechte Luftqualität, Lärm, hohes Verkehrsaufkommen und fehlende strategische Planung zu einer Verschlechterung der Lebensqualität geführt. Umgekehrt wirkten auch die Städte selber nachteilig auf die Umwelt ein: Treibhausgase, Luftverschmutzung, Abfall und Ressourcenverbrauch. Im Rahmen der zu erarbeitenden Strategie sollen Empfehlungen, Leitlinien und Indikatoren entwickelt werden, die die Städte bei ihrem Umweltmanagement unterstützen. Eine Internet-Konsultation läuft bis zum 1. April 2004.

Weitere Informationen sind im Internet abrufbar unter:

[http://www.europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic\\_strategy.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic_strategy.htm)

### **7. KONFERENZ DER VERTRAGSPARTEIEN (COP7) DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT**

Vom 9. bis 20. Februar findet in Kuala Lumpur (Malaysia) die 7. Konferenz der Vertragsparteien (COP7) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt statt. Die EU-Kommission will auf eine Einigung bei folgenden Punkten drängen: Schaffung eines weltweiten Netzes von Schutzgebieten, Festlegung von Indikatoren für die biologische Vielfalt, Verbesserung des Zugangs zu genetischen Ressourcen sowie Gewährleistung eines ausgewogenen Vorteilsausgleichs.

Presse-Informationen zur o. g. Konferenz sind im Internet abrufbar unter:

<http://www.biodiv.org/meetings/cop-07/press/>

## **EU-KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR GLOBALEN UMWELT- UND SICHERHEITSÜBERWACHUNG (GMES)**

Die EU-Kommission verabschiedete eine Mitteilung zum Thema „Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Schaffung einer europäischen Kapazität für GMES - Aktionsplan (2004-2008) – KOM(2004) 65. Mit dem von der Kommission geplanten satellitengestützten Erdbeobachtungssystem soll ein Beitrag zur europäischen Umwelt- und Sicherheitspolitik geleistet werden. Ziel sei es u. a., unabhängige, kostengünstige und benutzerfreundliche Dienste anzubieten, um Naturkatastrophen und umweltschädigende Ereignisse besser bewältigen zu können. Das System sei auch zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung, im Verkehrswesen und im Bereich der Landwirtschaft einsetzbar.

Die Mitteilung der Kommission ist im Internet abrufbar unter:

[http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004\\_0065de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004_0065de01.pdf)

## **GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

### **KOMMISSION VERZICHTET AUF FÖRDERUNG DER VERRAUCHENDEN EMBRYONENFORSCHUNG**

Kommissar *Busquin* informierte auf der Kommissionssitzung am 17. Februar 2004 das Kollegium, dass seine Generaldirektion auf eine Förderung der sogenannten verbrauchenden Embryonenforschung verzichte. Jedoch werde die Forschung an vorhandenen menschlichen Embryonen und embryonalen Stammzellen gefördert. Diese Forschung wird ohne Stichtatum möglich sein.

### **INFORMELLES TREFFEN DER EU-GESUNDHEITSMINISTER AM 12.02.2004 IN BRÜSSEL ZUR VOGELGRIPPE**

Am 12.02.2004 einigten sich die EU-Gesundheitsminister in Brüssel anlässlich eines informellen Abendessens auf ein politisches Grundsatzabkommen zur Bekämpfung potentieller Gesundheitsgefahren durch die Vogelgrippe. Im Vordergrund dieses Abkommens steht die Koordinierung der auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen.

### **PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN STRAßBURG VOM 09.02. – 12.02.04**

#### **Europäisches Zentrum für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen**

Am 10.02.2004 haben die Abgeordneten den Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen angenommen. Die zukünftige Agentur soll nicht nur im Seuchenfall agieren, sondern auch Arbeitsmethoden harmonisieren und die Forschung bündeln.

### **Anerkennung von Berufsqualifikationen**

Das EP stimmte am 11.02.2004 über den Richtlinienvorschlag zur Anerkennung von Berufsqualifikationen ab. Das von der Kommission befürwortete Modell einer weitest gehenden Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit fand dabei eine Mehrheit. Die 16-Wochenfrist für eine vorübergehende grenzüberschreitende Tätigkeit wurde abgelehnt.

### **Änderung der Arbeitszeit-Richtlinie**

Das Parlament hat am 11.02.04 einen Initiativbericht des Berichterstatters *Cercas Alonso* zur Arbeitszeitgestaltung angenommen, in dem es die schrittweise Abschaffung der Opt-out-Klausel fordert. Das Opt-out findet speziell im Gesundheitswesen und Hotel- und Gaststättengewerbe missbräuchliche Anwendung.

## **SITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, AUSSCHUSS FÜR UMWELTFRAGEN, VOLKSGESUNDHEIT UND VERBRAUCHERPOLITIK VOM 16.02. / 17.02.2004**

### **Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen**

In erster Lesung wurde am 16.02. über den Entwurf für eine Verordnung über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (Verpackungen), beraten. Es wurde angeregt, im Rahmen der VO auch Regelungen zur Angabe des Verfallsdatums miteinzubeziehen. Die Abstimmung im Ausschuss ist am 15.03. Übergangsregelungen für Beitrittsländer seien nicht nötig.

### **Europäische Strategie für Umwelt und Gesundheit**

Berichterstatterin *Ries* ist zur belgischen Staatssekretärin ernannt worden. Frau *Paulsen* ist neue Berichterstatterin. Änderungsanträge können bis zum 24.02. eingereicht werden. Am 16.03. soll die Annahme im Ausschuss erfolgen.

### **Veterinärbedingungen für die Einfuhr lebender Huftiere**

Der Ausschuss begrüßte am 17.02. den Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Einfuhr bestimmter lebender Huftiere in die Gemeinschaft. Die Frist für Änderungsanträge ist der 20.02. Behandlung im Plenum ist Ende März.

### **Lebensmittel: nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben bei der Etikettierung**

Bezüglich des stark umstrittenen Vorschlags für eine Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel haben die massenhaften Änderungswünsche

(über 500) eine Abstimmung unmöglich gemacht. Berichterstatter *Nobilis* schlug vor, sich im Vorfeld mit der Kommission in zahlreichen Punkten zu einigen.

Geschäftsbereich      LuK- und Medienpolitik

### **MEDIENPOLITIK - EUROPÄISCHES PARLAMENT BEFÜRWORTET VERLÄNGERUNG DER MEDIA-PROGRAMME BIS ZUM 31. DEZEMBER 2006**

Das Europäische Parlament hat am 12. Februar 2004 der Verlängerung der Programme MEDIA Plus und MEDIA Fortbildung um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2006 zugestimmt. Das Parlament befürwortete ferner eine Aufstockung der Programmbudgets auf 453,6 Millionen € (MEDIA Plus) und 59,4 Millionen € (MEDIA Fortbildung) und forderte die Kommission auf, bis Ende 2005 einen umfassenden Bewertungsbericht über die MEDIA-Programme vorzulegen.

### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR NEUES PROGRAMM ECCONTENTPLUS (2005-2008) VOR: 163 MILLIONEN € FÖRDERMITTEL VORGESEHEN**

Die Kommission hat den ersten Vorschlag für ein neues Mehrjahresprogramm eContent vorgelegt: eContentplus (2005-2008) soll die Entwicklung mehrsprachiger Inhalte für gemeinschaftsweite online-Informationendienste fördern. Dafür hat die Kommission 163 Millionen € veranschlagt. Das Programm konzentriert sich auf digitale Inhalte in Bereichen von öffentlichem Interesse, vor allem Informationen des öffentlichen Sektors, Lerninhalte, wissenschaftliche und didaktische Inhalte, räumliche Daten und Wissensbestände kultureller Einrichtungen. Es zielt auf interoperable digitale Inhalte, so dass Informationen aus verschiedenen Systemen unabhängig von Format, Sprache und Ort kombiniert und den individuellen Bedürfnissen einzelner Nutzer angepasst werden können.

Den Programmvorschlag der Kommission finden Sie unter:

[http://www.cordis.lu/ist/directorate\\_e/telearn/events.htm](http://www.cordis.lu/ist/directorate_e/telearn/events.htm)

### **ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDfunk/GEBÜHRENFINANZIERUNG – KONSULTATION ZU KOMPENSATIONSAUHLUNGEN FÜR DIENSTE DER DASEINSVORSORGE; MÖGLICHERWEISE AUCH ÄNDERUNG DER TRANSPARENZ-RICHTLINIE**

Die Kommission kündigte am 18. Februar 2004 einen Entscheidungsentwurf an, der Kompensationszahlungen für Dienste der Daseinsvorsorge von der Anwendung der Beihilfevorschriften freistellt, sofern sie bestimmte Schwellen unterschreiten, die erst nach einer öffentlichen Konsultation festgelegt werden sollen. Sie kündigte für die übrigen Kompensationszahlungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse den Entwurf eines Gemeinschaftsrahmens mit Leitlinien für ihre beihilferechtliche Beurteilung an. Dieser Entwurf soll mit Experten der Mitgliedstaaten erörtert werden.

Die Kommission hat auch eine Erweiterung der Transparenz-Richtlinie ins Auge gefasst, die bisher nur auf Beihilfen anwendbar ist, künftig aber für alle Kompensationszahlungen für Dienste der Daseinsvorsorge gelten könnte. Zur Debatte steht auch die Streichung von Artikel 4.2.c) der Transparenzrichtlinie.

#### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – HALBZEITBILANZ DER KOMMISSION ZU EUROPE 2005**

In ihrer Halbzeitbilanz stellt die Kommission eine steigende Zahl von Breitbandanschlüssen und ein wachsendes Angebot an öffentlichen online-Diensten fest. Sie empfiehlt, den Aktionsplan mit den bisherigen Schwerpunkten – Förderung der Nutzung des Internets, Schaffung moderner elektronischer Dienste wie eGovernment, eLearning und eHealth, weite Verbreitung von Breitbandzugängen und eine sichere Informationsinfrastruktur – fortzuführen. Instrumente wie Benchmarking/EU-Indikatoren für quantitative und qualitative Leistungsvergleiche, Austausch von bewährten Praktiken, statistische Erhebungen, Umfragen in den Mitgliedstaaten und gemeinsame Zielvorgaben sollen nicht nur beibehalten, sondern intensiviert werden.

Die Mitteilung der Kommission finden Sie unter

[http://europa.eu.int/information\\_society/europe/2005/all\\_about/mid\\_term\\_review/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/europe/2005/all_about/mid_term_review/index_en.htm)